
Soziale Bewegungen in Lateinamerika

Rezension von: Dieter Boris, Soziale
Bewegungen in Lateinamerika, VSA-
Verlag, Hamburg 1998, 254 Seiten,
DM 36,80.

Im Rückblick passierte in den siebziger Jahren in Lateinamerika etwas Bahnbrechendes: Neue Akteure betraten die Bühne des gesellschaftlichen Lebens und wollten ernstgenommen werden. Stadtteilorganisationen, Basisgemeinden, Nachbarschaftsvereine, Genossenschaften, Mütterclubs und viele andere Basisorganisationen organisierten sich an den offiziellen Kanälen der Gesellschaft vorbei. Die Armen durchbrachen die „Kultur des Schweigens“ und zwangen die Wissenschaft, ein neues Tätigkeitsfeld zu definieren: die „sozialen Bewegungen“. Doch die wissenschaftlichen Moden sind kurzlebig: In den achtziger Jahren, als die Periode der Militärdiktaturen in Lateinamerika zu Ende ging, galt es als zeitgemäß, die Bemühungen der Armen, ihre Lebensbedingungen zu verbessern, zu dokumentieren. Fünfzehn Jahre später wurden diese Gruppen wieder an den Rand der Gesellschaft zurückverwiesen und fallen dem offiziellen Vergessen anheim. In den formalen Demokratien auf dem ganzen Kontinent dominiert wieder die „große Politik“, mit dem altbekannten - lautstark geführten, aber im Grunde monotonen - Streit der dominanten Gruppen um einen möglichst großen Anteil am von anderen produzierten Kuchen. Ich meine, daß sich die Sozialwissenschaft und damit vor allem die universitär verankerten Intellektuellen - im Norden und in Lateinamerika - die Kritik gefal-

len lassen müssen, mit ihren Moden hinter den realen Ereignissen herzuhenken, passiv die Veränderungen zur Kenntnis nehmend und damit die bestimmende Struktur einzig reproduzierend.

Genau diesen Vorwurf kann man aber Dieter Boris nicht machen, der sein Buch zu einem scheinbar inopportunen Zeitpunkt vorlegt, als dieses Thema vom universitären Establishment schon ad acta gelegt wurde. Doch zeigt der Autor, über kurzfristige Moden hinweg, daß auch Bewegung in die Sozialstruktur Lateinamerikas gekommen ist. Die sozialen Bewegungen mobilisieren nicht die „Allerärmsten“, sondern weisen eine starke Präsenz der Mittelschicht auf; aber sie stehen in Opposition zu den „Allermächtigsten“. Die neuen sozialen Bewegungen entstanden, nachdem die alten Bewegungen, vor allem die stark staatsfixierte Gewerkschaftsbewegung, durch die Militärdiktaturen geschwächt oder zerstört worden waren. Autonome Basisorganisationen stellten zur Zeit der Diktatoren oftmals die einzige oppositionelle Organisationsform dar. Unter schwierigen Bedingungen gelang es denen „von unten“, sich Gehör zu verschaffen: sei es mittels Unterschriftenlisten, Demonstrationen oder Vorsprachen, sei es in Fabrikskomitees, Clubs, Menschenrechtsgruppen oder Bibelrunden. In all diesen Formen drückte sich der Wunsch aus, mitreden zu können und am gesellschaftlichen Wohlstand beteiligt zu werden.

Das Buch ist untergliedert in ein einleitendes theoretisches Kapitel und in die darauffolgenden zehn Fallstudien über einzelne sektorielle Bewegungen, welche zuerst allgemein und dann anhand eines Länderbeispiels dargestellt werden.

Im theoretischen Teil ist die Einbettung des Phänomens sozialer Bewegungen in eine umfassende Gesellschaftsanalyse und damit eine histo-

risch-geographisch differenziert argumentierende Sichtweise hervorzuheben. Boris zeigt deutlich die begrenzte Erklärungskraft politwissenschaftlicher Ansätze, die sich am Begriff der „Zivilgesellschaft“ orientieren, und die Bedeutung sozialer Bewegungen auf ihre Rolle im Demokratisierungsprozeß reduzieren wollen. Zwar ging die Bedeutung sozialer Bewegungen nach der Demokratisierung zurück, doch war das konventionelle Parteiensystem in der Regel nicht imstande, dieses Vakuum zu füllen. Vielmehr sind soziale Bewegungen ein Teil gesellschaftlicher Organisation „von unten“, die durchaus auch von starken Parteien profitieren können, wie dies in Brasilien in den achtziger Jahren der Fall war. Noch deutlicher als dies Boris feststellt, würde ich behaupten, daß in Brasilien die Krise des konventionellen politischen Systems und ihrer linken Repräsentanten - der Arbeiterpartei PT und des Gewerkschaftsdachverbands CUT - Hand in Hand mit der Krise der sozialen Bewegungen ging. Es handelt sich daher in den neunziger Jahren um eine Krise eines alternativen hegemonialen Projekts und nicht so sehr um ein Abflauen der Dynamik sozialer Bewegungen.

Weiters ist hervorzuheben, daß Dieter Boris den Zusammenhang von sozialen Bewegungen und Veränderungen der Sozialstruktur thematisiert und somit soziale Bewegungen nicht einseitig handlungstheoretisch untersucht. Die radikalen Veränderungen der lateinamerikanischen Sozialstruktur pulverisierte die Mittelschicht; ein kleiner Teil konnte zu den dominanten Gruppen Anschluß finden, und ein größerer Teil stieg in die Unterschicht ab oder ist massiv abstiegsgefährdet. Da die Mittelschicht wesentliche Trägerin sozialer Bewegungen ist, kann vermutet werden - und Boris deutet dies nur an -, daß dies massive Konsequenzen für gesellschaftliche Organisationsformen hat. Boris' politökonomischer Ansatz läßt

ein erneutes Aufleben organisierten Widerstands durchaus als realistisch erscheinen, denn: „So wird der Widerspruch zwischen Erwartungen, die sich mit der neuen ökonomischen Politik und den demokratischen Regierungen verbunden haben, und den tatsächlichen Mitbestimmungsmöglichkeiten der Masse der Betroffenen und der entsprechenden Verbesserungen ihrer Lage in ökonomischer, sozialer und politischer Hinsicht immer größer.“ (S. 37)

Ausgehend von diesen theoretischen Überlegungen stellt Boris verschiedene soziale Bewegungen, von der Bauern-, Gewerkschafts- und Indigena-Bewegung bis hin zu Frauen-, Menschenrechts- und Ökologiegruppen, vor. Hierbei wechseln sich gute Überblicksberichte und spannende politische Analysen ab. Zu ersteren zählen vor allem die brasilienbezogenen Fallstudien. Wiewohl es hier ersichtlich ist, daß dies nicht der zentrale Forschungsbereich des Autors ist, so ist die solide Zusammenfassung wichtiger Tendenzen und Dynamiken um so gelungener. Dies gilt für die Ausführungen über die Gewerkschaften, die Kirche und die Landlosenbewegungen.

In anderen Fällen zeigt sich, was der Gewinn über viele Jahre angeeigneten lokalen Wissens ist. Diese Detailkenntnisse, eingebettet in einen soliden politökonomischen Rahmen, machen das Buch an manchen Stellen zu einer packenden Lektüre. Dies gilt vor allem für die Darstellung der nikaraguanischen Revolution und der Beschreibung der „konkreten Einzelbedingungen und -mechanismen des Sieges einer Guerillaformation“ (S. 133), welche zu einem Lehrstück politischer Bildung wird. Die detaillierte Beschreibung widerlegt zu simple machtmekanische Vorstellungen, daß die „von unten“ einfach - militärischen - Druck machten und schließlich die „da oben“ vertrieben.

Von Anfang an stammte der Großteil der sandinistischen Führung aus der

Mittelschicht - ein Umstand übrigens, der die Leichtigkeit erklärt, mit der gute Teile der Führungsschicht nach der Niederlage 1990 zu individualistischen Lebensstrategien, vor allem als Konsulanten in NGOs und in der internationalen Bürokratie, zurückkehren konnten. In den siebziger Jahren jedoch war diese radikalisierte Mittelschicht, die sich mit Gewerkschaften, Kirchen, Bauernverbänden und Stadtteilorganisationen verbündete, zentral. Radikales Bürgertum und Basisinitiativen waren aufeinander angewiesen, um politisch wirksam zu werden und Gegenmacht ausüben zu können. Neben dieser Organisation von unten waren die Spaltung des dominanten Machtblocks im eigenen Land und die uneinheitliche Rolle der internationalen Führungsmacht USA unter Carter entscheidend. Wäre

es den Sandinisten nicht geglückt, die „Gruppe der 12“, d.h. Teile des liberalen Bürgertums, als oppositionelle Kraft gegen die Somozisten zu gewinnen, wäre ein Sieg sehr schwierig geworden. Es war auch die Ermordung des Gatten der späteren nicht-sandinistischen Präsidentin Chamorra, die 1978 dem Sandinismus einen weiteren Impuls gab.

So zeigt dieses Lehrbeispiel, daß Gegenmachtbildung vielfältige Faktoren gleichzeitig umfassen muß. Das strategische Agieren „von unten“ hat jedoch den großen Nachteil, daß die Gegenseite eine weit größere Bandbreite an Optionen zur Verfügung hat. Selbst eine Revolution wie die nikaraguansche wäre ohne ein gehöriges Maß an reformistischer Bündnispolitik nicht möglich gewesen.

Andreas Novy